



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 02.04.2019**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:37 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Melanie Ranft	Ausschussvorsitzende, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünschler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Torsten Schiedung	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gernot Nette	AfD Stadtratsfraktion Halle
Ralf-Jürgen Kneissl	Sachkundiger Einwohner
Bertolt Marquardt	Sachkundiger Einwohner
Daniel Rumpold	Sachkundiger Einwohner
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Thomas Senger	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Cathleen Stahs	Sachkundige Einwohnerin
Michael Woyde	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete für Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin für Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Martin Heinz	Leiter Fachbereich Immobilien
Christian Zeigermann	Leiter Abteilung Hochbau Schule
Michael Gerstner	Bildungsmanager
René Lukas	stellvertretender Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Annika Seidel-Jähmig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Prof. Dorothea Vent	Fraktion MitBÜRGER
Willi Preuk	Stadtschülerrat
Sven Pringal	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Ronny Wagner zur Grundschule Hanoier Straße**

Herr Ronny Wagner, Schulleiternratsvorsitzender Grundschule Hanoier Straße, sprach die Begehung in der Ottostraße an. Der Zustand der Schule als auch der Turnhalle wurde in Augenschein genommen.

In der jetzt vorliegenden Beschlussvorlage wird die Turnhalle nicht zur Sanierung mit aufgeführt. Diese ist laut dem Sicherheitsbeauftragten der Schule für Schulsport nicht geeignet, da die Sicherheit der Kinder nicht gewährleistet wird. Er führte kaputte Scheiben und sich lösendes Parkett etc. auf.

Er fragte, ob tatsächlich bis zur Nutzung der Schule als Ausweichobjektin zwei Monaten die Herrichtung zu realisieren ist.

Herr Heinz antwortete, dass die Turnhalle in der Ottoschule optisch nicht in einem idealen Zustand ist, da es sich um eine alte Turnhalle handelt. Die angesprochenen kaputten Fensterscheiben würden außerhalb des Baubeschlusses noch ersetzt werden, so dass keine Gefahrensituationen mehr da sind.

Er unterbreitete den Vorschlag, dass der erwähnte Sicherheitsbeauftragte mit Herrn Heinz gemeinsam einen Vor-Ort-Termin zur Besichtigung vereinbart.

Die Ottoschule ist ein Ausweichobjekt, sodass keine grundlegenden Sanierungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Sie muss sauber und sicher sein.

Herr Wagner sah die Sicherheit als großes Problem an. Den Besichtigungstermin mit dem Sicherheitsbeauftragten der Schule, begrüßte er. Er regte an, dass Mitglieder des Bildungsausschusses sich ebenfalls von dem Zustand der Turnhalle überzeugen sollten.

Herr Heinz schlug vor, dass diese Begehung protokolliert wird.

Herr Scherer regte an, dass kurz vor der Inbetriebnahme der Schule dort eine Sitzung des Bildungsausschusses stattfinden könnte.

Frau Ranft dankte für die Einladung.

Herr Ronny Wagner sprach dann als Elternvertreter der IGS II vor. Er fragte im Auftrag der Eltern, ob die Bautätigkeiten und damit der Schulbeginn zum Schuljahresbeginn 2019/20 erfolgen wird.

Herr Heinz erwiderte, dass der Bauablauf aktuell steht und nach dem jetzigen Stand der Baumaßnahmen der Termin eingehalten wird.

Herr Wagner fragte, ob hinsichtlich der Farbgebung der Außenfassade der IGS II etwas vorgesehen ist.

Herr Heinz sagte, dass nach dem aktuellen Stand und dem Baubeschluss folgendes bei der IGS vorgesehen ist. Innen findet eine vergleichbare Sanierung ähnlich wie bei den Stark III Projekten statt, für eine Außenfassadengestaltung fehlen die finanziellen Mittel. Eine solche Fassade mit Wärmedämmung liege im Bereich von 1,2 bis 1,4 Mio. Euro und die reine Farbgestaltung läge bei 400 000 Euro. Es wird keine estaltung der Fassade erfolgen

zu **Herr Laus zur Gemeinschaftsschule Kastanienallee**

Herr Laus, Lehrer von der Gemeinschaftsschule Kastanienallee und gleichzeitig Personalratsmitglied. Er fragte, ob eine zeitnahe Sanierung geplant sei.

Seit 1998 hat die Schule Mobiliar von 1998, die Tische im Chemieraum sind sehr unpraktisch. Dort vorgesehene Abflussbecken sind unbrauchbar, da diese öfters verstopft sind. Es wird nicht zwingend an jedem Tisch ein Abflussbecken im Chemieraum benötigt. Der Schüler, der davor sitzt, hat nur noch 30 cm Arbeitsfläche vor sich.

Er fragte, warum dieses alte Mobiliar unter dem Aspekt der Sanierung nicht gegen Tische mit glatter Fläche ausgetauscht werden kann. Ein Austausch der Tische wäre demzufolge im Zuge der Sanierung wirkungsvoll.

Frau Brederlow sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu **Herr Malte Gerken zur Beschlussvorlage Sanierung des Objektes Harzgeroder Straße**

Herr Malte Gehrken Personalratsvorsitzender der BBS III, sprach zur Beschlussvorlage Sanierung des Objektes Harzgeroder Straße vor.

Er fragte, wie realistisch es ist, dass die Fördermittel in der notwendigen Höhe auch tatsächlich eintreffen. Er fragte, ob es einen „Plan B“ mit städtischen Eigenmitteln gibt, wenn diese Mittel nicht eintreffen.

Frau Brederlow erwiderte, dass es bisher bei allen Maßnahmen Veränderungen zu den geplanten Fördermitteln gab. Sicher ist aber, dass diese Schule gefördert wird.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Frau Ranft** eröffnet und geleitet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 1.1 Aktuelle Stunde

In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Mingenbach das Rederecht erteilt.

Auf Antrag der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** findet eine „Aktuelle Stunde“ zum Thema „Bereitstellung von Schulplätzen an den weiterführenden Schulen der Stadt Halle (Saale) in der 5. Klasse“ statt.

Frau Ranft führte in die aktuelle Stunde ein und sprach an, dass das Thema die Bereitstellung von Schulplätzen an den weiterführenden Schulen in der Klassenstufe 5 im kommenden Schuljahr ist.

Durch **Frau Ranft** wurde angesprochen, dass es ein leicht geändertes Anwahlverfahren der Eltern im jetzigen Schuljahr gibt. Es gibt einen höheren Ansturm auf die Gemeinschaftsschulen in der Stadt und dementsprechend ein Problem bei der Umsetzung, sodass Lösungen für diese und die fortlaufenden Jahre gefunden werden müssen. Das Thema wurde auch in der Presse entsprechend gewertet. Von der Stadtverwaltung und durch den Stadtelternrat wurde ebenfalls ein Informationstag eingeführt, beides gab es in dieser Form vorher nicht.

Sie wies darauf hin, dass die aktuelle Stunde für eine Stunde durchgeführt wird und somit 18:12 Uhr beendet wird.

Frau Ranft fragte die Verwaltung, ob jetzt mehr Schüler einen Platz benötigen als die Schuljahre davor oder dies ähnlich ist.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die aktuelle Stunde zum Austausch gilt. Sie korrigierte die Aussage von Frau Ranft, da der Zulauf auf die Gesamtschulen und nicht Gemeinschaftsschulen besteht.

Die Tendenz ist seit einigen Jahren zu beobachten und damit nicht neu. Im Vergleich gegenüber den anderen Jahren sind die Gymnasien nicht so stark betroffen. Insgesamt war es in den letzten Jahren so, dass etliche Schüler in das Auswahlverfahren gehen mussten. Die Klärung erfolgt also für mehr Schüler in den nachfolgenden Monaten über das Nachrückverfahren.. Gibt es mehr Schüler für die Folgejahre, müssen Lösungen gefunden werden.

Laut der Schulentwicklungsplanung wird vorgeschlagen eine neue weiterführende Schule vorgeschlagen als IGS zu gründen.. Bis dahin müssen Regelungen entwickelt werden, die auch alle anderen Gesamtschulen mit einbeziehen.

Frau Ranft bat Herrn Senger über den Informationsabend des Stadtelternrates zu berichten und fragte, welche Vorschläge von diesem zur Situation kommen.

Herr Senger informierte, dass erstmals vom Stadtelternrat ein Informationsabend eingerichtet wurde, da es nicht mehr leistbar war, die Anfragen individuell zu beantworten. Die Veranstaltung war sehr gut besucht, sodass die Aula der IGS voll war.

Er wies darauf hin, dass er bereits seit 12 Jahren um ein auskömmliches Angebot an den Gesamtschulen und dem, was an Erstwünschen dafür angezeigt wird, kämpft. Gerade die IGS am Steintor hat von Anbeginn an genügend Bewerber und dort läuft es über ein Losverfahren.

In der Informationsveranstaltung kam deutlich zum Vorschein, dass eine massive Verunsicherung der Eltern besteht, da sie nicht wissen, wie sie sich verhalten sollen. Die Schreiben von der Stadt sind nicht hilfreich. Die Eltern wünschen nicht die angebotenen Plätze, sondern einen Platz an einer Gesamtschule für ihre Kinder. Es wird von 140 Schüler/-innen gesprochen, er geht von einer höheren Anzahl aus. Die Stadt handelt an dieser Stelle nicht gesetzestreu.

Durch **Herrn Senger** wurde auf die Brisanz, dass ca. 150 Schüler/-innen nicht auf einer Gesamtschule untergebracht werden können, hingewiesen. Er kritisierte die Stadt, die jetzt Lösungen finden muss und nicht erst im Jahr 2023/24. Die Ausweichmöglichkeiten, die von der Stadt geboten werden, sind inakzeptabel, weil damit dem Wunsch auf einen Platz an einer Gesamtschule nicht gefolgt wird.

Außerdem sprach er an, dass die Stadt E-Mails an Eltern versendet, die sich für einen anderen Platz entschieden haben, nämlich zu dem Sekundarschulzweig an der KGS Hutten. Aus diesen E-Mails geht hervor, dass dort kein Platz mehr frei ist, was bei der Durchführung des Losverfahrens und der Versendung der Briefe wohl noch nicht bekannt gewesen sein soll. Deswegen fragte er, ob es tatsächlich zum Zeitpunkt des Losverfahrens am Sekundarweig der KGS Hutten noch Anmeldungen gab, die noch nicht durchgearbeitet waren. Es war eine identische Anzahl von Anmeldungen und Plätzen vorhanden und jetzt wird nachrückenden Eltern mitgeteilt, dass dort kein Platz mehr frei ist und demzufolge kein Losverfahren mehr stattfindet.

Herr Senger machte deutlich, dass es jedes Jahr einen neuen Runderlass gibt, aus welchem hervorgeht, mit welchem Verfahren wann die Stadt anzufangen hat. Diesem Runderlass ist zu entnehmen, dass frühestens ab 24.04.19 die Zuweisung an die städtischen Schulen in Sekundar-, Gymnasial-, Gemeinschaft- und Gesamtschulen erfolgen sollte, weil davor alle anderen Verfahren laufen. Er fragte, warum sich die Stadt nicht an diesen Runderlass gehalten hat.

Positiv hob er hervor, dass die Stadt mit einem Beratungsangebot für die Eltern nachgezogen hat, nachdem der Stadtelternbeirat seinen Informationsabend angekündigt hatte.

Frau Brederlow teilte mit, dass es verschiedene Änderungen gab, die sich seit dem Jahr 2012 hier ergeben haben. Das Auswahlverfahren zu den Gesamtschulen wurde damals durch die Schulen organisiert, erst später ging dies in die Verantwortung der Schulverwaltung über. Sie wies darauf hin, dass es eine zweite IGS gibt und diese wurde mit der Erwartung eröffnet, dass ein Großteil an Gesamtschulplätzen damit befriedigt werden kann. Deswegen hatte sie im vergangenen Jahr geäußert, dass es überraschend kam, dass das Auswahlverfahren sich geändert hat.

Die Verwaltung hat aus gutem Grund empfohlen, dass die neu zu eröffnende weiterführende Schule eine IGS werden soll. Da gab es im Bildungsausschuss differenzierte Ansichten dazu.

Sie wies darauf hin, dass im Losverfahren die Plätze verlost worden sind, die auch tatsächlich da sind. Es gibt einen Teil der Eltern, die heute schon wissen, dass ihre Kinder an die Schule kommen und für die anderen Eltern ist es ebenso wichtig. Deswegen wurde relativ zeitig dieses Verfahren begonnen.

Durch die Änderung des Schulgesetzes und die Einführung der Gemeinschaftsschulen war eine Frage, wie die Gemeinschaftsschulen auf die Verfahren wirken.

Durch **Frau Brederlow** wurde deutlich gemacht, dass die Stadtverwaltung nur in dem Umfang reagieren kann, wie Plätze vorhanden sind.

Frau Dr. Radig ging auf die Thematik des Sekundarschulanteils der KGS Hutten ein und sagte, dass zum Zeitpunkt, als das Losverfahren durchgeführt wurde, nur noch zwei freie Plätze zur Verfügung standen. Es waren weniger Anmeldungen als Plätze vorhanden, sodass nicht gelost werden musste.

Im genannten Schreiben an die Eltern wurde bereits darauf verwiesen, dass nur noch wenige Restplätze da sind. Es wurde so zeitig mit dem Verfahren begonnen, da es in den letzten Jahren immer Wunsch der Eltern war, zeitig über den Umgang zu ihrem Erstwunsch informiert zu werden.

Wenn die Verfahren erst Ende April oder im Mai stattgefunden hätten, ist der Zeitpunkt bis zum Stattfinden der ersten Elternabende im Juni sehr kurz. Dennoch wird die Verwaltung bei der Auswertung kritisch hinterfragen, wie dies im nächsten Jahr aufgestellt werden kann.

Frau Dr. Radig wies darauf hin, dass in dem Schreiben an die Eltern immer eine Ansprechpartnerin zur Beratung benannt worden ist. Da diese Mitarbeiterin erkrankt war, hat sie selbst eine Woche lang fast ausschließlich diese Beratung durchgeführt. Auch zu den Sprechtagen stand die Verwaltung für Auskünfte bereit. Zu dem zusätzlich angesetzten Beratungsterminen haben 34 Eltern vorgesprochen.

Die Zustellung der Post durch die MMZ hat einige Fragen aufgeworfen, was ebenfalls in der Verwaltung ausgewertet wurde. Eine Gesamtschule hat entgegen der Absprachen die Zusagen an die Eltern sehr spät versendet, sodass es zusätzliche Unsicherheiten in der Elternschaft gegeben hatte.

Herr Schachtschneider sprach die Presseartikel zu der Thematik an, in denen auch zu der Möglichkeit eines Klageverfahrens aufmerksam gemacht wurde. Er sprach den § 41 Abs. 2a Schulgesetz Land Sachsen-Anhalt, letzte Änderung vom August 2018, an, wo auf eine Satzung hingewiesen wird. Seines Wissens gibt es keine Satzung, sondern eine Verwaltungsvorschrift. Er fragte, wie damit umgegangen wird, wenn tatsächlich die meisten Eltern gegen die Stadt klagen und eventuell gewinnen werden und wollte wissen, ob das gesamte Verfahren gültig ist.

Herr Frolow sagte, dass die Auswahlentscheidungen entsprechend der Verordnung gefasst worden sind und das Auswahlverfahren an sich bereits mehrfach gerichtlich überprüft wurde, dabei gab es keine Beanstandungen. Es handelt sich um einen Anspruch im Rahmen der Kapazitäten und diese sind endlich.

Herr Schachtschneider sprach an, dass die Stadt Magdeburg im Stadtrat April die Satzung beschließt, um dann das Auswahlverfahren zu regeln. Ging es dort verwaltungstechnisch schneller oder haben diese höhere rechtliche Bedenken?

Frau Brederlow sagte, dass das Schulgesetz im August 2018 geändert worden ist und in diesen Bestimmungen steht ein „kann“, andere Vorschriften sind nicht verändert worden. Es wurde kein Zeitpunkt gesetzt, bis wann die Schulträger die entsprechende Satzung zu erlassen haben.

Sie wies auf verschiedene Urteile des Oberverwaltungsgerichts hin, die auch darauf abheben, dass die Kapazitäten durchaus eine Rolle spielen. Natürlich ist die Verwaltung mit einer Satzung dann sicherer, diese wird 1 Monat später als die in Magdeburg kommen.

Herr Scherer fragte, ob die Verwaltung das Problem so einschätzt, dass es dieses Jahr lösbar ist. Sieht die Verwaltung die von Herrn Senger genannten Zahlen als realistisch an: Außerdem wollte er wissen, welche Perspektiven für die nächsten zwei, drei Jahre absehbar sind.

Frau Dr. Radig sagte, dass grundsätzlich bei Betrachtung der Schülerzahl und der Plätze in allen Schulformen mehr Plätze als Schüler vorhanden sind. Es ist ein schwieriger Vermittlungsprozess, dennoch geht sie davon aus, dass den Eltern die Möglichkeit geboten wird, für ihr Kind eine Schule zu besuchen, an der der gewünschte Abschluss erlangt werden kann,

Frau Brederlow ergänzte, dass es bei der Frage der Kapazität bleiben wird, auch wenn mit der Satzung die entsprechende Kapazität der Schulen festgelegt wird. Eine Verständigung in den Ausschüssen wird hierzu erfolgen. Es wird sicher noch einige Schüler/-innen geben, die nicht ihrem Wunsch entsprechend bedient werden können. Daran wird auch eine Satzung und die Festlegung der Kapazitätsgrenzen nichts ändern.

Herr Lange sprach an, dass diese Situation unzufrieden ist. Es geht nicht darum, dass sich Schüler/-innen den Platz an einer bestimmten Schule aussuchen können, sondern es geht, um eine bestimmte Schulform, die gewünscht wird.

Mit der II. IGS wurde bereits auf die sich abzeichnende Situation reagiert. Sobald die Schule am Holzplatz zur Verfügung steht, wird sich diese genau angeschaut und ggf. ein Perspektivbeschluss zu der meist gewählten Schulform herbeigeführt.

Er hob hervor, dass die Schulleiter der beiden IGS signalisierten, einen weiteren Zug aufzunehmen. Er fragte zum derzeitigen Stand der Gespräche nach. Auch über das zukünftige Auswahlverfahren wird man sich verständigen müssen.

Frau Dr. Wünscher wollte wissen, was mit den Schüler/-innen gemacht wird, deren Wunsch nach einer Gesamtschule nicht erfüllt werden kann. Wo gibt es Plätze für diese Schüler/-innen? Was passiert, wenn ein Wunsch nach einem Gymnasialplatz nicht bedient werden kann?

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die in der Schulentwicklung dargestellten Schülerzahlen den Tatsachen entsprechen. Das Thema ist das Auswahlverfahren, dazu wird man sich in der jeweiligen Arbeitsgruppe näher verständigen, wie man das genauer prognostizieren kann.

Frau Dr. Radig verdeutlichte, dass nicht davon ausgegangen wird, dass allen Schüler/-innen, die einen Gymnasialplatz wünschen, diesen auch erhalten können. Erst wenn alle Zahlen vorliegen, kann sie abschließend etwas dazu sagen und ggf. muss überlegt werden, ob eine zusätzliche Klasse in einem Gymnasium aufgemacht werden muss.

Frau Ranft wies zwischendurch auf die Zeit der aktuellen Stunde hin, die nur noch begrenzt zur Verfügung steht.

Herr Frolow sagte, dass Gespräche mit der II. IGS geführt worden sind. Es wäre kontraproduktiv, zum jetzigen Zeitpunkt mit dem Bezug des neuen Schulgebäudes da noch einen zusätzlichen Zug aufzumachen. Zum zusätzlichen Zug an der IGS. Halle Am Steintor gab es Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt; diese Schule wurde mit EU-Fördermitteln saniert. Voraussetzung war eine Vierzügigkeit dieser Schule, sodass es förderschädlich wäre, einen fünften Zug dort einzurichten, da sonst mit einer Rückforderung von EU-Fördermitteln zu rechnen wäre.

Herr Mingenbach sprach an, dass sein Gymnasium als freie Schule Teil dieser Gemeinschaft ist. Die Warteliste übt einen enorm großen Druck auf das ganze Verfahren aus. Im Elisabethgymnasium wurde in der vergangenen Woche überlegt, einen fünften Zug an diesem Gymnasium aufzumachen. Er bat in diesem Zusammenhang um eine Befürwortung durch die Stadt.

Frau Ranft erkundigte sich nach der Verfahrensweise.

Frau Brederlow ergänzte, dass die Stadtverwaltung diesen Brief versenden wird.

Herr Senger brachte seinen Unmut darüber zum Ausdruck. Es gibt rund 150 Schüler, die keinen Platz an einer Gesamtschule bekommen, diese haben ein verfassungsmäßiges Recht darauf.

Es wurde nur dargestellt, dass Gymnasialplätze bedient werden können; ein Lösungsweg zur Unterbringung in dem gewünschten Gesamtschulzweig wurde bisher nicht aufgezeigt. Entscheidend ist, ob ein Kind den gewünschten Platz in einer Schulform erhält und wenn dies nicht möglich ist, besteht das Recht, diesen Platz einzuklagen. Wenn die gewünschte Schulform nicht angeboten werden kann, erhalten die Eltern in der Regel auch Recht.

Die Stadt hat die Pflicht, so viele Plätze vorzuhalten, dass alle Schüler/-innen, die aus dem Bereich, in dem die Schule laut Schulentwicklungsplan genehmigt ist, auch aufgenommen werden können. Das bedeutet, dass alle Schüler/-innen, die einen Platz an einer Gesamtschule bekommen wollen, auch einen zu erhalten haben.

Er unterbreitete als Lösungsvorschlag, dass das Ausweichobjekt in der Dölauerstr., das zur Zeit leer steht, genutzt werden könnte, um eine vier- bzw. fünfzügige Schule dem Bedarf entsprechend, anbieten zu können. Als Ausweichquartier für die zu sanierende Schule könnten Container bereitgestellt werden. Damit könnte, bis die Schule am Holzplatz zur Verfügung steht, das Problem gelöst werden.

Herr Senger teilte mit, dass er überlegt, ob er bei der Staatsanwaltschaft Strafanzeige stellt. Hier wird Recht gebrochen, da keine Plätze für ca. 150 Schüler/-innen an einer Gesamtschule angeboten werden können. Die Stadt ist mit der Verordnung seit 2014 verpflichtet, dass die gewünschten Schulplätze an der entsprechenden Schulform zur Verfügung gestellt werden.

Durch **Herrn Schiedung** wurde angesprochen, dass in der Stadt Halle (Saale) ein sehr vielfältiges Schulangebot besteht. Er wies darauf hin, dass viele Eltern der Klassenstufe 4 noch nicht wissen, wie der Schulweg ihres Kindes zu dem Zeitpunkt weitergehen wird. Deswegen wählen viele Eltern auch die Möglichkeit einer IGS. An einer kooperativen Gesamtschule ist es schwieriger aus dem Sekundarschulzweig an den Gymnasialzweig zu wechseln, diese Übergänge sind problematisch.

Er fragte, wie es möglich ist, dass das Thomas Müntzer Gymnasium (TMG) fünfzünftig laufen soll, da 2009 beschlossen wurde, dass das TMG vierzünftig läuft. Er fragte, ob dies ohne eine erneute Beschlussfassung möglich ist.

Herr Scherer sagte, dass in einem anderen Gebäude angefangen werden sollte, bevor man auf die Holzplatzschule zugreifen kann. Die Frage ist, wo kann man woanders wachsen?

Es sollte geprüft werden, wo es Schulgebäude gibt und mit welchem Aufwand man dort aufwachsend mit einer Schule beginnen könnte. Er hat hier eher an Heide-Nord gedacht. Für dieses Jahr kann dies noch nicht funktionieren, aber für die nächsten Jahrgänge sollte dies als Lösung angestrebt werden.

Herr Bartl sprach an, dass es sich für ihn so darstellt, dass „wir Opfer unserer individualisierten Ansprüche sind, in aufgefächerter Schulform“. Er sagte, dass es nicht funktioniert, da sich Schulformen und damit Entwicklungen auch ändern.

Herr Kneissl sprach an, dass zwei IGS in Halle vorhanden sind und eine dritte in Planung ist. Momentan besteht das Problem, dass ein Teil von Schüler/-innen nicht an der IGS untergebracht werden können.

Es waren 1800 Schüler/-innen zu verteilen, sodass ca. 1600 den Platz in der Schulform erhalten haben. Er wies darauf hin, dass Gemeinschaftsschulen ein sehr stark angelehtes pädagogisches Konzept an eine IGS hat. In den Gemeinschaftsschulen sind 100 freie Plätze. Von den IGS könnte den Eltern auch die Empfehlung gegeben werden, dass diese in den Gemeinschaftsschulen vorsprechen sollen, da dort den Kindern etwas Ähnliches angeboten wird.

Frau Brederlow antwortete auf die zwei noch offenen Fragen. Zur Zügigkeit des TMG teilte sie mit, dass in der Schulentwicklungsplanung die Vierzügigkeit beschlossen worden ist; hier besteht durchaus die Möglichkeit auch die Fünfzügigkeit in einigen einzelnen Jahrgängen herbeizuführen. Im Mai ist beabsichtigt, die Satzung mit der Festschreibung der Kapazitäten dem Bildungsausschuss vorzulegen. Sobald dann etwas geändert wird, muss auch jedes Mal die Satzung angepasst werden.

Sie begrüßte es, dass die Stadt Halle (Saale) einschließlich der freien Träger über ein vielfältiges Bildungsangebot verfügt. Die Verwaltung hat den Auftrag, das frühere Aufwachsen der IGS für das kommende Schuljahr, zu prüfen.

Frau Ranft beendete die Aktuelle Stunde.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Es gab keine Anmerkungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.03.19
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Bildungsleitbild
Vorlage: VI/2019/04804
 - 4.2. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Schulgebäudes Harzgeroder Straße 63 für die Berufsbildende Schule III Johann Christian v. Dreyhaupt, 06124 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04901
 - 4.3. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule Am Fliegerweg Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04909
 - 4.4. Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Dölauer Straße 71, 06120 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04814
 - 4.5. Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04819
 - 4.6. Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04934
 - 4.7. Baubeschluss - Allgemeine und energetische Sanierung Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04815
 - 4.8. Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04820
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Bericht Schule des Lebens Helen Keller zur Konzeptidee Berufsorientierung
 - 7.2. Information zur Fahrpreisanpassung Parkeisenbahn Peißnitz-Express
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 05.03.19

Es gab keine weiteren Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift vom 5. März 2019, sodass diese durch die Ausschussmitglieder bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis: bestätigt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Bildungsleitbild
Vorlage: VI/2019/04804

Herr Gerstner führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Scherer bezog sich auf die Seite 5. Er fragte, ob es sich um einen allgemeinen Standard handelt oder bei Bedarf die notwendigen Bedingungen zur Inklusion vor Ort geschaffen werden.

Herr Gerstner antwortete, dass es sich um ein allgemeines Ziel handelt.

Herr Schiedung lobte das Bildungsleitbild und fragte, wie die nächsten geplanten Schritte aussehen, um konkrete Handlungsanweisungen zu erhalten.

Herr Gerstner antwortete, dass dies in einem Konzept konkretisiert werden soll. Die abstrakten Leitlinien sollen, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden Institutionen, in die konkreten Handlungsfelder runtergebrochen und Ziele definiert werden.

Herr Nette fragte, warum die Begriffe Schule und Schüler durch Nutzer und Bildungseinrichtung ersetzt wurden.

Herr Gerstner antwortete, dass sich das Leitbild auf lebenslanges Lernen bezieht.

Herr Scherer fragte, ob die Präsentation zur Verfügung gestellt werden kann.

Herr Gerstner bejahte dies.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Vorlage bat.

zu 4.1 **Bildungsleitbild**
Vorlage: VI/2019/04804

Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt das Bildungsleitbild Halle (Saale).

zu 4.2 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Schulgebäudes Harzgeroder Straße 63 für die Berufsbildende Schule III Johann Christian v. Dreyhaupt, 06124 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE**
Vorlage: VI/2019/04901

zu 4.3 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule Am Fliederweg Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE**
Vorlage: VI/2019/04909

zu 4.4 **Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Dölauer Straße 71, 06120 Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04814

zu 4.5 **Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04819

zu 4.6 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE**
Vorlage: VI/2019/04934

**zu 4.7 Baubeschluss - Allgemeine und energetische Sanierung Grundschule Auenschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04815**

Frau Ranft informierte, dass Herr Zeigermann alle 7 Baubeschlüsse gebündelt einbringt und bat um Begründung, weshalb es keinen Baubeschluss zur Grundschule Silberwald gibt.

Herr Zeigermann führte in die Vorlagen der Verwaltung ein und begründete diese. Des Weiteren informierte er, dass der Baubeschluss zur Grundschule Silberwald im kommenden Monat eingebracht wird.

Frau Ranft fragte, wie der Umzug der Grundschule Am Zollrain geplant ist.

Herr Zeigermann antwortete, dass die Grundschule Am Zollrain übergangsweise in die Trankenaer Straße umzieht, um dann in das sanierte Schulgebäude in der Wolfgang Borchert Straße zu ziehen.

Frau Ranft fragte zu allen Baubeschlüssen, ob Fassadenbegrünung geprüft wurde.

Herr Zeigermann antwortete, dass sich die Vorhaben in Leistungsphase 3 befinden und die Prüfungen zur Fassadenbegrünung in Phase 5 erfolgen.

Herr Lange äußerte seine Bedenken, dass die Schule Am Zollrain in das Gebäude der ehemaligen Makarenkoschule umzieht. Er bat darum, dass das neue Umzugsszenario schnellstmöglich zur Verfügung gestellt wird. Des Weiteren bat er, in den Baubeschlüssen mit darzulegen, wie hoch der tatsächliche Sanierungsaufwand ist und welcher davon umgesetzt wird.

Zu TOP 4.2 fragte er, wie mit den Außenanlagen verfahren wird und wie die Beschlusslage dazu aussieht.

Herr Zeigermann antwortete, dass die Außenanlagen nicht Bestandteil der vorliegenden Baubeschlüsse sind. Es wird einen gesonderten Termin in den Schulgremien und gesonderte Ratsbeschlüsse geben.

Herr Heinz ergänzte, dass die Außenanlagen einkalkuliert sind. Eine Grundkonzeption wurde an einer Schule beauftragt. Nach Auswertung wird ein ergänzender Baubeschluss eingebracht. Des Weiteren sicherte er eine ergänzende Excel-Tabelle zum Sanierungsaufwand der Schulen zu.

Herr Lange fragte, ob die Schulleitung mit der Raumkonzeption zufrieden ist.

Herr Heinz teilte mit, dass ein Abstimmungsprotokoll nachgereicht wird.

Frau Dr. Radig ergänzte, dass am gestrigen Tag der BBS III die Bauplanungen vorgestellt wurde. Die Lehrer und die Schulleitung haben Funktionsanforderungen in den Plänen wiedergefunden und sind mit dem Vorhaben einverstanden.

Herr Senger merkte an, dass die Aussagen zu den Außenanlagen zu ungenau formuliert sind. Er fragte nach der konkreten Realisierung der Außenanlagen der Auenschule. Des

Weiteren fragte er, warum die Außenanlagen der Ottostraße mit 0 Euro veranschlagt wurden. Für die Turnhalle Fliederweg hätte er sich einen Neubau gewünscht.

Herr Heinz sagte, dass die Schule Ottostraße so hergerichtet wird, dass diese den Schülerinnen und Schülern als Ausweichstandort angeboten werden kann. Dennoch entspricht der Ausweichstandort nicht dem Standard von STARK III. Mittelfristig soll diese Schule grundsätzlich ertüchtigt werden. In den Außenanlagen ist kein Budget veranlagt, da es die Herichtung aus Mitteln der Bauunterhaltung erfolgt..

Zum jetzigen Zeitpunkt hat man sich auf Schulgebäude fokussiert, da dies Gegenstand der Förderung ist. Die Außenanlagen sind nach einem einheitlichen Standard in den Haushalt berücksichtigt. Im Nachgang zu den Baubeschlüssen werden die Außenanlagenplanungen nachgeschoben und nachgepflegt.

Herr Woyde sagte, dass die IT-Ausstattung nach strukturierter Verkabelung erfolgen soll. Er fragte, nach welcher Norm. Des Weiteren sagte er, dass zum TOP 4.6 keine Aussage zur strukturierter Verkabelung in der Beschlussvorlage vorzufinden ist.

Herr Zeigermann sicherte für beide Anfragen eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Heinz ergänzte, dass die IT-Ausstattung sich an medienpädagogischen Konzepten der Schulen orientiert, um diese dann auch umzusetzen.

Herr Schiedung merkte an, dass die Beteiligungen der Schulen als Anlage der Beschlussvorlagen dazugehören. Des Weiteren sagte er, dass der Haupteingang zu den Schulen mitunter nicht barrierefrei ist und fragte, wie der Zugang ermöglicht wird.

Herr Zeigermann antwortete, dass die Barrierefreiheit in der Außenplanung mit berücksichtigt wird.

Herr Schiedung merkte an, dass jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit haben sollte, das Schulgebäude selbständig betreten zu können.

Herr Lange merkte an, dass die barrierefreie Zuwegung keine Frage der Außenplanung ist.

Herr Zeigermann sagte, dass eine Lösung gefunden werden muss, die in die Außenplanung mit eingearbeitet werden muss.

Frau Stahs fragte, ob das Thema Sicherheit mehr in den Fokus rückt und bei den Planungen „Panikknaufe/Panikschlösser“ in Betracht gezogen worden. Des Weiteren fragte sie, ob Mülltrennungsanlagen in den Außenbereichen vorgesehen sind.

Herr Zeigermann sicherte für beide Anfragen eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Schachtschneider sagte zum TOP 4.3, dass die Schule Am Fliederweg bereits durch STARK II nicht zufriedenstellend saniert wurde. Er fragte, ob die gleichen Sanierungsmaßnahmen erneut durchgeführt werden müssen und ob künftig schlecht sanierte Maßnahmen nachhaltig dokumentiert werden.

Herr Zeigermann antwortete, dass die ausgeführten Leistungen aus STARK II nur teilweise nutzbar sind und daher erneut durchgeführt werden müssen.

Frau Ranft bat um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.2.

zu 4.2 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung des Schulgebäudes Harzgeroder Straße 63 für die Berufsbildende Schule III Johann Christian v. Dreyhaupt, 06124 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE**
Vorlage: VI/2019/04901

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Berufsbildenden Schule III Johann Christian v. Dreyhaupt, Harzgeroder Straße 63, 06124 Halle (Saale), unter Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

Herr Woyde sagte, dass die es nicht Aufgabe der Schule ist ein IT-Konzept zu erarbeiten. Er fragte, nach welchem TGA-Standard die IT-Ertüchtigung vorgesehen sei und ob das vorab dem Ausschuss vorgetragen wird.

Frau Brederlow sicherte eine schriftliche Beantwortung und eine Information im Ausschuss zu.

Herr Zeigermann ergänzte, dass es einen TGA-Standard für die strukturierte Verkabelung gibt. Neue Vorschriften werden jederzeit angepasst. Der Standard der strukturierten Verkabelung wurde im Zuge der Erstellung des IT-Konzeptes erneuert. Er sicherte eine Bereitstellung der Unterlagen zu.

Herr Lange fragte, ob die Anlagen zur IT-Erschließung der Turnhallen nachgereicht werden.

Herr Heinz bejahte dies und ergänzte, dass alle ertüchtigten STARK III Schulen IT-konform sein werden.

Herr Lange fragte, wie das Farbkonzept für die Innengestaltung aussieht.

Herr Zeigermann antwortete, dass die Erarbeitung des Farbkonzeptes erst in Phase 4 erfolgt.

Frau Ranft bat um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.3.

zu 4.3 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule Am Fliederweg Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE**
Vorlage: VI/2019/04909

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die energetische und allgemeine Sanierung der Sekundarschule Am Fliederweg Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen des Programms STARK III plus EFRE.

Frau Ranft fragte, welche Lösung für den Schulsport geplant ist.

Frau Dr. Radig antwortete, dass die Brandbergehalle mit genutzt werden kann.

Frau Ranft bat um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.4.

zu 4.4 **Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Dölauer Straße 71, 06120 Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04814

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege im temporären Schulausweichquartier Dölauer Straße 71, 06120 Halle (Saale).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.5 bat.

- zu 4.5 **Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale)**
Vorlage: VI/2019/04819
-

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung :

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege im temporären Schulausweichquartier Regensburger Straße 35, 06132 Halle (Saale).

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.6 bat.

- zu 4.6 **Baubeschluss - Energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Budapester Straße 5, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms STARK III plus EFRE Vorlage: VI/2019/04934**
-

Abstimmungsergebnis sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner:

mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis Stadträtinnen und Stadträte:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Fördermittelprogramms Stark III plus EFRE die energetische und allgemeine Sanierung der Turnhalle Budapester Straße 5 in 06130 Halle (Saale).

Herr Lange fragte, ob bei der energetischen Sanierung auch die Außenfassaden neu gemacht werden.

Herr Zeigermann bejahte dies.

Herr Slowig bat die Aussagen zur Realisierung der Außenanlagen in der Vorlage, wie bei allen andere auch, zu ergänzen.

Herr Schiedung fragte, ob es vorgesehen ist, dass der Hort saniert wird.

Frau Dr. Radig antwortete, dass der Hort komplett im Schulgebäude mit untergebracht sein wird und diese Räume mit saniert werden.

Frau Ranft fragte, wann die Turnhalle gebaut werden soll.

Herr Heinz antwortete, dass die Turnhalle im Rahmen der Gebäudesanierung mit errichtet wird.

Herr Schiedung fragte, ob die Turnhalle dem Baustil des Schulgebäudes angepasst wird.

Herr Zeigermann sagte, dass es dazu noch keine genaue Planung gibt und dass man sich an einem Neubau orientieren wird.

Herr Senger fragte, über welche Mittel der Turnhallenbau finanziert wird.

Herr Heinz antwortete, dass es nicht aus STARK III finanziert wird.

Frau Brederlow ergänzte, dass der Bau der Turnhalle über einen gesonderten Beschluss erfolgt.

Herr Schachtschneider fragte, wie die Planungen für den Außenbereich sind.

Herr Heinz antwortete, dass die Grünflächengestaltung nachgereicht wird. Mit dem Planungsbüro wird die IST-Situation ermittelt und dann im Ausschuss ein entsprechender Vorschlag unterbreitet.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Beschlussvorlage TOP 4.7 bat.

zu 4.7 Baubeschluss - Allgemeine und energetische Sanierung Grundschule Auensschule, Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale) unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE
Vorlage: VI/2019/04815

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die allgemeine und energetische Sanierung der Grundschule Auen-
schule am Standort Theodor-Neubauer-Straße 14, 06130 Halle (Saale), unter dem Vorbehalt
der Bewilligung von Fördermitteln im Zuge des Programms STARK III plus EFRE.

Herr Senger fragte, ob Lieferengpässe, wie der von Brandschutztüren mit einkalkuliert wur-
den.

Herr Zeigermann bejahte dies.

Herr Lange merkte an, dass einige Baumaßnahmen, wie die Umzäunung, die Betonplatten
auf dem Schulhof mangelhaft durchgeführt wurde. Dadurch müssen vermehrt Aufsichtskräfte
in den Pausen eingesetzt werden. Er bat um Behebung der Unfallgefahren. Weiterhin fragte
er, inwieweit die Außenfassaden instandgesetzt werden.

Des Weiteren merkte er an, dass Risse in den Treppenaufgänge vorzufinden sind und das
Malerarbeiten durchgängig ausgeführt werden sollten. Er fragte, was mit den alten Holzfen-
stern und mit den Fußböden passiert. Er wies darauf hin, dass der Sanitärbereich sanie-
rungsbedürftig ist.

Er merkte an, dass ein Ausweichquartier sicher sein sollte und auch der Wohlfühlfaktor be-
rücksichtigt werden sollte und bat um eine Darstellung der Mängel und der Begehung bis zum
Stadtrat.

Herr Zeigermann sagte, dass alle Mängel, die zur Verkehrssicherung nötig sind beseitigt
werden. Bei den Fassadenarbeiten werden Statiker hinzugezogen um die volle Sicherheit zu
gewährleisten.

Herr Heinz ergänzte, dass Keramikarbeiten und die Malerarbeiten stattfinden werden. weite-
re Maßnahmen hängen von Zustand der Zimmer ab. Es wird noch eine spezielle Prüfung zu
den Fenstern geben und eventuelle Schäden beseitigt.

Frau Stahs fragte, ob es eine IT-Ausstattung geben wird.

Herr Zeigermann bejahte dies.

Herr Woyde fragte, wer die Aufgaben des Projektsteuerers übernimmt.

Herr Heinz antwortete, dass diese Aufgabe die Verwaltung übernimmt.

Herr Woyde fragte, ab wann ein Projektsteuerer eingesetzt wird.

Herr Heinz antwortete, dass es unterschiedliche Faktoren gibt, wie die Kostenhöhe des Pro-
jektes, besondere technische Anlagen oder der Einsatz von Fördermitteln.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung der Beschluss-
vorlage TOP 4.8 bat.

**zu 4.8 Baubeschluss - Brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege temporäres Schulausweichquartier, Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale)
Vorlage: VI/2019/04820**

**Abstimmungsergebnis sachkundige
Einwohnerinnen und Einwohner:**

einstimmig zugestimmt

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen
und Stadträte:**

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die brandschutztechnische Ertüchtigung der Rettungswege im temporären Schulausweichquartier Ottostraße 25, 06130 Halle (Saale).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Anträge von Fraktion und Stadträten lagen nicht vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Bericht Schule des Lebens Helen Keller zur Konzeptidee Berufsorientierung

Der Bericht Schule des Lebens Helen Keller zur Konzeptidee Berufsorientierung wurde ver-
tagt.

zu 7.2 Information zur Fahrpreisanpassung Parkeisenbahn Peißnitz-Express

Die Information zur Fahrpreisanpassung Parkeisenbahn Peißnitz-Express wurde zur Kennt-
nis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Herr Rumpold zum aktuellen Stand der Prioritätenliste

Herr Rumpold erkundigte sich zum aktuellen Stand der Prioritätenliste zum Programm der Richtlinie Schulinfrastruktur.

Herr Heinz sagte, dass die Prioritätenliste nächsten Monat im Bildungsausschuss eingebracht wird.

zu 8.2 Frau Stahs zur Nutzung des Basketballplatzes an der Schule BBS VI

Frau Stahs bat um Auskunft zur Nutzung des Basketballplatzes an der Schule BBS VI.

Frau Ranft betonte, dass im Stadtrat darüber bereits ein Beschluss gefasst wurde.

zu 8.3 Herr Senger zur integrierten Gesamtschule am Steintor

Herr Senger bemerkte die Fördermittelbindung bezüglich der Integrierten Gesamtschule. Halle Am Steintor. In der Regel betrug die Fördermittelbindung 5 Jahre. Er fragte, ob diese Schule einen abweichenden Zeitraum besitzt.

Frau Brederlow teilte mit, dass eine Fördermittelbindung von 15 Jahren besteht.

zu 8.4 Herr Senger zum Briefdienst MZZ

Herr Senger erwähnte den Briefdienst MZZ. Er sagte, dass Schulen über diesen Dienstleister die Einladungen für das Auswahlverfahren versendet haben. Diese Schriftstücke haben den Empfänger nicht erreicht bzw. sind verspätet zugestellt worden. Er fragte, ob die Verwaltung Handlungsbedarf sieht.

Frau Brederlow betonte, dass die Verwaltung hinsichtlich eines Vergabebeschlusses an diesen Briefdienstleister gebunden ist.

Herr Senger stellte fest, dass diese Dokumente sehr wichtig sind. Er fragte, ob für diesen Zeitraum der Verschickung der Einladungen ein anderer Dienstleister beauftragt werden könnte.

Frau Brederlow verneinte dies.

zu 8.5 Herr Senger zum Amtsblatt

Herr Senger teilte mit, dass eine Pressemitteilung erschien, in der behauptet wurde, dass die Stadt Halle die Umlegung der Eltern nach § 34 Abs.1 des Schulgesetzes einheitlich umsetzen wird. Dieser Paragraph beinhaltet eine solche Umlegung nicht. Des Weiteren wurde im Amtsblatt dargestellt, dass der Stadtelternrat seit vielen Jahren bei der Schulentwicklungsplanung mitwirkt.

Herr Senger betonte, dass der Stadtelternrat bei der Schulentwicklungsplanung nicht mitwirkt bzw. mitgewirkt hat. Lediglich fand eine Anhörung statt. Er bat um Richtigstellung im Amtsblatt.

Herr Frolow fragte, ob dahingehende Stellungnahmen abgegeben wurden.

Herr Senger bejahte dies.

Hierzu teilte **Herr Frolow** mit, dass dadurch mitgewirkt wurde.

zu 8.6 Herr Senger zur Schülerbeförderung

Herr Senger bezog sich auf die Antwort der Verwaltung. Seine Anfrage, welche Busunternehmen die Stadt ermittelt hat, um eine benötigte Abdeckung zu ermöglichen. Die Verwaltung teilte mit, dass hierzu die HAVAG angefragt wurde. Im Bildungsausschuss wurde bisher signalisiert, dass nicht nur die HAVAG, sondern alle Unternehmen die diese Fahrleistungen anbieten, befragt werden sollten.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass für die reguläre Schülerbeförderung ein Personenbeförderungsvertrag mit der HAVAG besteht. Bei besonderen Fahrleistungen werden auch andere Unternehmen angefragt.

Herr Senger erwähnte, dass es hierbei um die Beförderung der Kinder zu den Ausweichquartieren handelt.

zu 8.6 Herr Schiedung zum IT- Konzept

Herr Schiedung betonte, dass der Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand bei der letzten Stadtratssitzung das IT- Konzept vorgestellt hat. Er fragte, wann eine Vorstellung des IT-Konzeptes im Bildungsausschuss geplant sei.

Frau Brederlow sagte, dass es derzeit Klärungsbedarf innerhalb der Verwaltung gibt. Eine Vorstellung ist im Monat Mai geplant.

zu 8.8 Herr Schiedung zu Kopiergeräten in Schulen

Herr Schiedung teilte mit, dass einige Schulen von der Stadt Halle (Saale) Kopiergeräte zur Verfügung bekommen. Die Schüler müssen somit kein Kopiergeld mehr zahlen. Er fragte, ob an alle Schulen dieser Vorgang umgesetzt wird.

Herr Kneissl fügte hinzu, dass es keine Verpflichtung gibt, dass Schüler Kopiergeld entrichten müssen. Die Stadtverwaltung hat die Kopiergeräte zur Verfügung gestellt. Schulen können vom Schulbudget eventuelle Kopierleistungen finanzieren. Es gibt hierzu keine Anweisung.

Die Antwort wird schriftlich erfolgen.

zu 8.9 Herr Schiedung zur Schulausstattung an der Zweiten IGS Halle (Saale)

Herr Schiedung sprach die Schulausstattung an der Zweiten IGS Halle (Saale) an. Er fragte, inwieweit die Verwaltung die Schulleitung hinsichtlich der Schulausstattung unterstützt.

Frau Brederlow betonte, dass es hierzu eine intensive Unterstützung gibt. Es werden Experten zur Verfügung gestellt, die unterstützend beraten werden.

zu 8.10 Herr Slowig zur Parkeisenbahn

Herr Slowig bemerkte die derzeitigen Kosten zur Nutzung der Parkeisenbahn. Er erkundigte sich, ob neben den Einzelfahrkarten eine andere Auswahlmöglichkeit besteht.

Frau Brederlow sagte, dass keine andere Auswahlmöglichkeit besteht

zu 8.11 Herr Lange zu Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer

Herr Lange sprach die Sprachlehrerinnen und Sprachlehrer an der Gemeinschaftsschule Kastanienallee an. Die Bewilligung der Mittel erfolgt immer schulhalbjahresweise. Er fragte, ob das Geld für die Sprachförderung aufgestockt wird.

Die Antwort wird schriftlich erfolgen.

zu 8.12 Herr Lange zur Makarenkoschule

Herr Lange fragte, ob die Makarenkoschule ausgebessert wird, bevor diese als Ausweichobjekt dient.

Die Antwort wird schriftlich erfolgen.

zu 8.13 Herr Lange zur Grundschule Rosa Luxemburg

Herr Lange erwähnte, dass die neu installierten Fenster in der Grundschule „Rosa Luxemburg“ anhaltend beschlagen sind. Er bat diesen Sachverhalt zu prüfen.

Herr Schachtschneider bemerkte die Anfrage für die zur Verfügung gestellten Kopiergeräten in einigen Schulen. Das Sachkostenbudget der Schulen gibt diese Kosten nicht her.

zu 8.14 Herr Schachtschneider zu Gebäuden der Universität in der Nietlebender Straße

Herr Schachtschneider fragte nach Gebäuden, die von der Universität in der Nietlebender Straße teilweise noch genutzt werden. Er fragte, ob diese Gebäude noch relevant für die Verwaltung sind.

Frau Brederlow teilte mit, dass es sich hierbei um die sogenannten Bildungswürfel handelt. Die Gebäude sind derzeit noch nicht ausgeschrieben, für die Verwaltung sind diese aber derzeit noch relevant.

Herr Senger erwähnte die Bezahlkopierer in den Schulen. Er erkundigte sich, wer entschieden habe, dass dort in den Schulen Kopierer mit Bezahlfunktion hingestellt werden.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Herr Scherer zur Ottoschule

Herr Scherer regte an, bevor das Schulgebäude Ottostraße in Betrieb genommen wird, dort eine Sitzung des Bildungsausschusses durchzuführen.

zu 9.1 Herr Schiedung zu Ausweichstandorten

Herr Schiedung regte an, generelle Begehungen an Ausweichstandorten durchzuführen.

Herr Lange sprach eine Terminabsprache für die Ottoschule an. Er schlug vor, dass die Verwaltung in Absprache mit der Schulleitung einen Terminvorschlag anbietet.

Herr Nette erkundigte sich, ob es sich hierbei um eine Exkursion oder um eine Ausschusssitzung handelt.

Frau Ranft beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Melanie Ranft
Ausschussvorsitzende

René Lukas
stellvertretende Protokollführer